

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Geb. Anstalt, Dresden  
und Schiffsche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abbestellung: einjährig 10 Mark, halbjährig 5 Mark, vierteljährig 2 Mark 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 19, Fernsprecher Nr. 2381. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 19, Fernsprecher Nr. 2381 und 1277. Gedruckt von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Kompositionelle 20 Pf., die 10 mm breite Kompositionelle 15 Pf., für auswärts angegebene 25 Pf. und 30 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Pf. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 53

Dresden, Freitag den 4. März 1927

38. Jahrg.

## Kommunistisches Heldenstück

Der Sturz der mecklenburgischen Linkregierung

Aus Schwerin wird uns berichtet:

Se gestern schon gemeldet, ist die aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende Link-Regierung in Mecklenburg gestürzt worden, und zwar durch Verbindung der Kommunisten mit den Deutschnationalen. Die Kommunisten stellten den Mißtrauensantrag und verhalfen ihm durch ihre drei Stimmen auch zur Annahme. Die Rechtsparteien haben nur 2 Stimmen im Landtag, Sozialdemokraten und Demokraten 23, Kommunisten 3. Durch das Zusammengehen der Kommunisten mit der Reaktion erzielt die Rechtsparteien 25 Stimmen gegen die Link-Regierung. Ein Triumph der Junker! Ein Sieg der Volksherrschaft!

So ist denn zunächst die Link-Regierung in Mecklenburg gestürzt. Sie hat im vergangenen Jahre die reaktionäre Regierung Brandenstein abgelöst, nachdem die Regierungskoalition der Rechten in den Wahlen vernichtend gescheitert war. Der Wahlausgang war die Folge der anlaufenden Mißwirtschaft, die das Kabinett Brandenstein durch seine Deutschnationalen und Völkische, in dem kleinen Lande getrieben hatte. Die Taten dieser Link-Regierung sind noch im Gedächtnis: Finanzruhr, Bedrückung der Arbeiterklasse. Ein Wort bezeichnet den Geist, der diesem Regime innewohnt: Grebes mühen!

Die Link-Regierung war für Mecklenburg eine Erlösung. Ein Sieg der Arbeiterklasse, eine Würdigung des Fortschritts. In ihrer Amtszeit hat sie segensreich auf allen Gebieten gewirkt, umhüllt von der deutschnationalen Pressemeute. Die Verleumdungen und Verdächtigungen, die gegen sie anbrachten, entsprangen der ohnmächtigen Wut der Geschlagenen.

Aber die geschlagenen Junker und Reaktionäre haben Bundesgenossen gefunden, Bundesgenossen aus einer Partei, die sich immer noch Arbeiterpartei nennt, aus der

Kommunistischen Partei. Die drei Kommunisten des Mecklenburger Landtages haben gemeinsame Sache mit der Rechten gemacht, sie haben die Link-Regierung gemeinsam mit der Rechten gestürzt, mit der lächerlichen Beschuldigung, sie habe die Interessen der Arbeiterklasse verraten. Geißt das den Interessen der Arbeiterklasse dienen, wenn man sich mit den Junkern verbündet? Wollen sie der geschlagenen Reaktion in Mecklenburg wieder in den Sattel helfen? Sie haben gehandelt wie Feinde der Arbeiterklasse. Ihr Verhalten ist ein infamer Streich gegen die Arbeiterklasse. Die gekannte deutsche Arbeiterklasse wird es ihnen gedenken. Sie wird zu gegebener Zeit mit der Partei der Bundesgenossen der Junker abrechnen.

Der Völkischen Zeitung wird aus Schwerin gemeldet: Was soll nun werden? Der Landtag setzt sich zusammen aus 20 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 3 Wirtschaftsparteilern, 4 Volksparteilern, 5 Völkischen, 12 Deutschnationalen und 8 Kommunisten. Keine parlamentarische Mehrheitskraft kann eine tragfähige Basis für eine Regierung der Rechten herausrechnen, selbst wenn man die Wirtschaftspartei und die Völkischen mitechnet. Dabei haben die Völkischen erklärt, daß sie „unter keinen Umständen“ für eine Regierung zu haben wären, die sich auf den Boden der Erfüllungspolitik stelle. Ob Deutschnationale und Volkspartei die Regierungsgrundfrage ihrer Reichsregierung ableugnen werden, bleibt abzuwarten. In Mecklenburg ist manches möglich, aber auch dann verfolge eine Rechtsregierung über keine Mehrheit.

Was soll also werden? Für eine Auflösung des Landtages ist die Linke nicht zu haben. Außerdem ist von Wahlen bei der allgemeinen Wahlmüdigkeit nicht zu erhoffen, es sei denn das völlige Verschwinden der Völkischen wie in Thüringen.

Der nächste Dienstag wird den nächsten Akt dieses tragischen Spiels bringen, das unter Umständen einer Rechtsregierung so lange Bestand verleiht, bis sie von den Völkischen besiegt oder von den Kommunisten zu einem neuen „Spah“ benutzt wird. Alles das nennt sich nationale Opposition zum Wohle des Volkes!

## Von Reinhold zu Köhler

Randbemerkungen zur Finanz- und Steuerpolitik

Von Dr. Paul Herb, M. d. R.

Durch die Etatsrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler ist eine umfangreiche Diskussion über die Grundzüge und die Praxis der deutschen Finanzpolitik eingeleitet worden. Sie richtet sich gegen den früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Ihm wird vorgeworfen, in seiner Finanzpolitik zu optimistisch gewesen zu sein und die Interessen des Reiches nicht genügend gewahrt zu haben. Diese Kritik ist kein Muster von Ehrlichkeit. Sie kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Finanzpolitik Reinholds immer von der Reichsregierung gedeckt wurde, und daß sie auch die Zustimmung des Reichstages gefunden hat. Diejenigen Männer der alten Reichsregierung, die auch der neuen Reichsregierung angehören, tragen also ebenso wie die bisherigen Regierungsparteien für die Reinhold'sche Finanzpolitik die volle Verantwortung. Wenn sie jetzt an Reinhold Kritik üben, so kritisieren sie sich damit selbst. Noch unerbittlicher ist die deutschnationale Kritik. Die Deutschnationalen werfen Reinhold vor, er habe die Steuerentlastung zu weit getrieben. Sie selbst aber haben im Vorjahre den doppelten Betrag der von Reinhold vorgeschlagenen Steuerentlastung beantragt. Und wenn sie Reinhold die Senkung der Umsatzsteuer von 1 auf 2/3 Prozent zum Vorwurf machen, so muß man daran erinnern, daß sie die Umsatzsteuer stets als eine der verwerflichsten Steuern bekämpft haben.

Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, sich in diesen Streit einzumischen. Sie hat Reinhold von Anfang an mit kühler Reserve gegenübergestanden. Seine allgemeine Finanzpolitik haben wir stets als eine Bedrohung der Erfüllung notwendiger sozialer Aufgaben angesehen. Seine Steuerpolitik ist von uns von Anfang an bekämpft worden, weil sie einen plutokratischen Charakter trug und den Großbesitz zu entlasten suchte. Das gilt besonders von der Senkung der Körperschaftsteuer, die zu einem Geschenk von 40 bis 50 Millionen Mark an Börsenspekulanten und Banken geführt hat. Auch seine Absicht, die Steuerlast für hohe Einkommen zu ermäßigen, brachte ihn in Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie.

Wichtiger aber als die Kritik der Vergangenheit ist die Erörterung der finanzpolitischen Aufgaben der Zukunft. Hierbei ist zweierlei zu unterscheiden: die allgemeine Finanzpolitik und die besondere Steuerpolitik.

Bei der allgemeinen Finanzpolitik spielt vor allem die Frage eine Rolle, ob die Ausgaben sich nach den Einnahmen oder die Einnahmen sich nach den Ausgaben zu richten haben.

Dr. Reinhold vertrat mit großer Schärfe den Standpunkt, die Ausgaben müßten sich nach den Einnahmen richten, obwohl er sich in der Praxis kaum je um diesen Grundsatz kümmerte, sondern die Ausgaben munter ansteigen ließ. Dr. Köhler hat eine genaue Präzisierung seines theoretischen Standpunktes vermieden. Zudem er aber auf die Lücken des von seinem Vorgänger vorgelegten Etats hinwies und neue Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die Beamtensoldatenerhöhung, die Entschädigung der Auslandsdeutschen usw. ankündigte, hat er praktisch den Ausgaben den Vorrang vor den Einnahmen eingeräumt. Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt. Theoretisch gibt es ebensoviele eine Grenze für die Einnahmen als eine Grenze für die Ausgaben. Immer wird man sich fragen müssen, ob eine Ausgabenerhöhung so notwendig und zweckmäßig ist, daß eine Steigerung der Einnahmen als das kleinere Übel angesehen werden kann.

Ungleich bedeutungsvoller sind die Streitfragen bei den Problemen der Steuerpolitik, zumal der Restriktion in diesen Fragen durchaus nicht einig ist. Daher ist die persönliche Meinung des neuen Finanzministers Dr. Köhler zweifellos von einer gewissen Bedeutung. 1925 hat er gegenüber der Schlesienschen Steuerreform auf die beabsichtigte „gewaltige Verschiebung in der Verteilung der öffentlichen Kosten auf die Bevölkerung“ hingewiesen, sich gegen den viel zu weit getriebenen Abbau der Einkommensteuertarife ausgesprochen und betont, daß die notwendige Kapitalneubildung sich nicht auf Kosten des „Lebenskapitals der breiten Masse unseres Volkes“ vollziehen dürfe. Sein Gesamturteil über die damalige Reform hat er dahin zusammengefaßt, es handle sich „um eine durchaus unsoziale Gestaltung der Lastenverteilung“.

Wir wissen nicht, ob Herr Dr. Köhler sein damaliges Urteil auch heute noch aufrechterhält. Wir fürchten aber nach seiner Programmrede, daß er nicht danach handeln wird oder handeln kann. Er hat in seiner Programmrede die Gesamtablastung des deutschen Volkes mit Steuern und Abgaben auf 11 Milliarden Mark angesetzt. Man kann ihm auch darin zustimmen, daß diese Last schwer ist und eine Erhöhung kaum tragbar wäre. Aber eine Erhöhung dieser Gesamtlast wird von niemand angestrebt oder für erforderlich gehalten.

Wenn die Sozialdemokratie auf gewissen Gebieten eine Erhöhung der Steuerlasten fordert, so muß, damit sie zum Ausgleich für die Rinder-

## Kommunistischer Parteitag

Die „verfehlten Experimente“ der Ruth Fischer — Neue Illusionen

S. Offen, 3. März. (Eig. Drahtsch.) Auf dem kommunistischen Parteitag kam es am Donnerstag zu einem sehr scharfen Wortkampf der Linksoptionen. Als erster Redner sprach der Delegierte Noetzer, der Vertreter der größten Oppositionsgruppe Berlin-Weidling und Westfahnsen. Er wandte sich gegen die Gewerkschaftspolitik der Partei und erklärte, eine Erhebung der deutschen Gewerkschaften durch die kommunistische Opposition sei wegen der Stärke des bürokratischen Gewerkschaftsapparates unmöglich. Seine Ausführungen riefen sehr erregte Proteste des Parteitagstages hervor. Noetzer äußerte ferner ernste Bedenken wegen des wachsenden Einflusses der Großbauern in Rußland. Als zweiter Oppositionsredner sprach Landtagsabgeordneter Partel. Im Namen der sogenannten Ruth-Fischer-Gruppe verlas Partel für sich und die Abgeordneten Schlicht und Grunewitz eine Erklärung, die gegen die Beschränkung der Arbeitsfreiheit und gegen den Hinauswurf der früheren Parteiführer Fischer, Maslow, Urban und Scholem Protest erhob. Er forderte deren Wiederaufnahme und kündigte entschiedenen Kampf der linken Opposition gegen die politische Linie der Partei an. Nach Partel wurde bei zahlreichen Stellen seiner Erklärung von lauten Protestrufen unterbrochen.

Zahlmann wies die erhobenen Einwände als Provokation zurück. Er beantragte, die vorgesehene Resolution nicht zu beratschlageln. Der Parteitag stimmte ihm zu. Die anschließenden Ausführungen des ehemaligen tschechischen Finanzministers Paul Böttcher über die Politik der sogenannten Arbeiter-Zentrale im Jahre 1923 wurden ebenfalls bei einem großen Teil des Parteitagstages auf Ablehnung. Seine Ausführungen wendete er hauptsächlich der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er sagte dabei: Wir müssen aufhören, überholte dogmatische Anschauungen anzuwenden, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Wir wollen sie durch bessere Erfolge. In diesem Sinne werden die verfehlten Experimente der Ruth Fischer-Zentrale eine Lehre für die Partei, die geradezu notwendig war. Wir wissen, daß eine Vernichtung der SPD erst im Stadium des revolutionären Kampfes möglich ist. Was wir heute schon können, ist, den immer stärker werdenden Reaktions- und Meinungskampf innerhalb der SPD in unserem Sinne für unsere Spaltungsarbeit auszunutzen. Gelingt es uns nicht, diese unsere Aufgabe durchzuführen, so besteht die Gefahr zentralistischer Gruppenbildung.

Darauf sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Ernst Raber, der als einer der besten Freunde von Liebknecht und Rosa Luxemburg galt. Er fand es merkwürdig, daß die Ausführungen der Landtagsabgeordneten nur von Mißerfolgen in der Arbeit des letzten Jahres handelten. Dabei sei unter der radikalen Ruth Fischer der Einfluß der Partei dauernd zurückgegangen. Man müsse mit allen Mitteln die schärfsten Differenzen innerhalb der SPD ausmerzen und sich vor einer flüchtigen Anwendung der Einheitsfront nicht scheuen.

Aus der übrigen Diskussion ist zu berichten, daß sich die Redner in ihrer Gesamtheit scharf gegen die Opposition wandten und die Vertrauen zur Politik der Partei bekundeten. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

## Um über die ewigen Kravalle in der eigenen Partei

hinwegzutäuschen, fabriziert die KPD-Vongerie, wie aus obigem hervorgeht, für ihre Anhänger neue Illusionen: der „immer stärker werdende Meinungskampf“ in der SPD. Wertwichtig, daß man davon ausgerechnet in der SPD, so wenig wir! Ramentlich seitdem die Sozialdemokratie immer mehr zur Opposition überging, sind die Auseinandersetzungen über die Politik unserer Partei immer schwächer geworden und heute nahezu verstummt. Und wenn solche Gegenjäger verständig auftraten, was sollte es uns schaden? Da die Demokratie zu den Grundlagen unserer Partei gehört, kann die SPD, von Meinungskämpfen nie ernstlich bedroht, sondern höchstens befruchtet werden.

Die KPD-Vongerie sind doch jämmerliche Leute. Ihre Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie haben sich als untauglich erwiesen und werden sich weiterhin als lächerlich erweisen — aber sie wagen's ihren Anhängern nicht zu sagen!

## Tschangs Terror in Schanghai

S. London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Tschang-tschang, der neue Kommandeur von Schanghai, hat die Maßnahmen seines Vorgängers zur Unterdrückung jeder internationalen Agitation in Schanghai in verstärktem Maße aufgenommen. Er hat Bestimmungen erlassen, um die Eisenbahnen vor der Agitation der Kuomintangpartei zu schützen. Seine Offiziere ermächtigt er, jeden Agitator handgreiflich zu erschlagen, der versuchen sollte, die Organisation der Eisenbahnen zu unterminieren, sowie jeden Eisenbahner, der bei Verletzung von Eisenbahnanlagen und Einrichtungen betroffen wird. Inzwischen wird durch die amtlich von der Kantongregierung autorisierte Kuomintangpartei, die sich innerhalb der Konzeption von Schanghai befindet, eine lebhafteste Agitation zur Herbeiführung eines Generalstreiks in Schanghai gegen das gegenwärtige Regime entfacht.

Wie erst jetzt bekannt wird, sind in den letzten Tagen Truppen von der Armee Sun zur Kantongarmee desertiert. Sie sind durch Schantungstruppen ersetzt worden. Wie in amtlichen Kreisen London mitgeteilt wird, ist in Tschang ein Abkommen zustande gekommen, das den dortigen Streit und antibrüchischen Konflikt beendet. Die Bewegung war durch die Weigerung britischer Firmen entstanden, die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung anzuerkennen.

Die bisher an Bord des britischen Truppen-Transportschiffes „Minnefota“ befindlichen Truppen sind am Donnerstag in Schanghai gelandet. Zwei japanische Kreuzer haben Auftrag erhalten, sich nach Schanghai zu begeben.

## Ungeheure englische Expeditionskosten

S. London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat am Donnerstag im Unterhause einen Nachtragsetat für die Expedition der Truppen nach China eingebracht. Dieser Nachtragsetat um die Bewilligung von 850 000 Pfund Sterling (10 Millionen Mark) für die Chinarexpedition, wozu allein für die Truppentransporte zur See 500 000 Pfund Sterling vorgesehen sind. Die Arbeiterpartei fordert eine Herabsetzung dieses Nachtragsetats.